

Wie Russlands Präsident und Oberkommandierender Wladimir Putin die Perspektive der »militärischen Spezialoperation« in der Ukraine sieht, davon gibt ein knapper Satz von ihm Auskunft: »Russland führt heute den schwersten Kampf für seine Zukunft, es wehrt die Aggression der Neonazis und ihrer Herren ab.« Putin sagte dies am 24. Juni bei seiner ersten Ansprache zur Revolte des Söldneranführers Jewgeni Prigoschin. Und er fügte hinzu: »Gegen uns ist praktisch die gesamte militärische, wirtschaftliche und Informationsmaschinerie des Westens gerichtet.«

Was er in diesem Kontext am meisten fürchtet, bekannte Putin in derselben Fernsehrede. Die Organisatoren der Revolte, so der Präsident, »stoßen das Land in Anarchie und Brudermord. Zur Niederlage, letztlich zur Kapitulation«. Damit zeichnet Putin das Bild eines Landes, das gegen die Staaten der NATO einen Kampf um Sein oder Nichtsein führt. Eines Landes, dessen Führung an das Wort »kapitulieren« überhaupt nicht denkt. Niemals, seit Josef W. Stalin die Sowjetunion ab 1941 im Kampf gegen die deutschen Imperialisten führte, hat ein Staatschef in Moskau die Lage und

Integrität des Staates«. Ziel Russlands sei es, eine »Eskalation militärischer Handlungen« nicht zuzulassen. Die Russische Föderation betrachte ihre Atomwaffen »ausschließlich als Mittel der Abschreckung«, deren »Anwendung ein extremes und erzwungenes Mittel« sei. Das »Recht, die Atomwaffe anzuwenden«, behalte sich die Russische Föderation vor für den Fall eines nuklearen Angriffs »gegen sie oder ihre Verbündeten«. Die Atomwaffe könne auch eingesetzt werden, wenn ein Gegner »andere Massenvernichtungswaffen« einsetze, und auch »im Falle einer Aggression gegen die Russische Föderation mit konventionellen Waffen, wenn die Existenz des Staates bedroht wird«. Die Entscheidung über den Einsatz treffe der Präsident.

Das Dokument definiert nicht näher, wann im Falle eines bewaffneten Konfliktes »die Existenz des Staates bedroht« sei. Damit gibt Russlands Führung dem Gegner, den in der Doktrin nicht namentlich erwähnten Ländern der NATO, keinen Hinweis, wie weit sie im Konfliktfall gehen können, ohne den Einsatz von Atomwaffen zu riskieren. Gleichzeitig ermuntert dieser vage Punkt der Putinschen Nukleardoktrin Debattierer in Russland, angesichts des Ukraine-Konfliktes über den Einsatz von Atomwaffen zu diskutieren.

ein US-amerikanischer Gegenschlag ausbleiben, vermutet Trenin. Dies könnte dann zur »tiefsten Krise der NATO« und womöglich »zum Zerfall dieser Organisation führen«.

Spiel mit dem Feuer

Die Beiträge von Karaganow und Trenin stießen bei anderen Moskauer Experten für internationale Beziehungen auf entschiedenen Widerspruch. Iwan Timofejew, langjähriger Dozent der Moskauer Diplomatenhochschule MGIMO und seit März Leiter des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten, der die Präsidentenadministration und das Außenministerium berät, publizierte in *Rossija w Globalnoi Politike* eine Entgegnung mit der Überschrift »Präventiver Atomkrieg? Nein«. Timofejew argumentiert, »dass eine präventive Anwendung der Atomwaffe nicht die Probleme in den Beziehungen Russlands mit dem Westen löst«. Ein solcher Einsatz würde vielmehr »Russlands internationale Lage wesentlich verschlechtern«. Zu denken sei auch an das Risiko eines nuklearen Schlagabtausches mit interkontinentalen Nuklearraketen. Der Vorschlag, Atomwaffen im Ukraine-Konflikt einzusetzen, sei »äußerst gefährlich«, so Timofejew. Sicher versuche der Westen, Russland gewisser-

Warum der Krieg weitergeht

Debatte ■ Die Ukraine wird zu einem militärischen Vorposten der USA und der NATO ausgebaut. Moskau ist daher bereit, den Krieg noch Jahre fortzuführen.

Von Harald Projanski

die Aufgaben in solcher Schärfe und mit solchem Ernst beschrieben.

Drei Tage vor der Söldnerrevolte hatte Putin am 21. Juni im Georgssaal des Kreml vor Absolventen der Akademien der Armee und der Sicherheitskräfte signalisiert, dass er keineswegs bereit ist, die von Russland kontrollierten Regionen im Südosten der bisherigen Ukraine, nach russischem Verständnis durch Referenden im September 2022 der Russischen Föderation beigetreten, je wieder dem Kiewer Staat zu übergeben. Das betrifft die Gebiete von Cherson, Saporoschje, Donezk und Lugansk. Diese Regionen, so Putin, hätten ihre »historische Wahl« getroffen. Daher verteidige Russland dort »seine Menschen, seine territoriale Integrität«. Die »Stärkung und die Entwicklung der Armee«, so Putin, bleibe daher »zweifelloso unsere Priorität«.

Putins Nukleardoktrin

Die »wichtigste Aufgabe dabei«, so der russische Staatschef, sei »die Entwicklung der nuklearen Triade«, die Atomwaffen zu Lande, auf U-Booten und die der strategischen Bomberflotte. Die russische nukleare Triade erlaube es, »effektiv und garantiert die strategische Abschreckung« zu sichern, so Putin. Die Aufgaben der russischen Nuklearkräfte werden definiert in einem »Ukas«, einer Weisung des russischen Präsidenten, Nr. 355 vom 2. Juni 2020 mit dem Titel »Über die Grundlagen der staatlichen Politik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung«.

Darin heißt es, Russlands Atomwaffen hätten die Funktion der »garantierten Abschreckung eines potentiellen Gegners von einer Aggression gegen die Russische Föderation«. Die »staatliche Politik im Bereich der nuklearen Abschreckung« trage »Verteidigungscharakter«. Sie diene »dem Schutz der Souveränität und der territorialen

Am 13. Juni veröffentlichte der Moskauer Professor für Weltwirtschaft und Weltpolitik an der Hochschule für Ökonomie, Sergej Karaganow, in der russischen Zeitschrift *Profil* einen Artikel mit dem Titel »Die Anwendung der Atomwaffe kann die Welt vor einer globalen Katastrophe retten«. Darin argumentiert Karaganow, das russische Kriegsziel müsse in der »Befreiung« des Südostens der Ukraine und der »Vereinigung« dieser Gebiete mit Russland bestehen. Dabei müsse man »den Resten der Ukraine eine Kapitulation und vollständige Demilitarisierung aufzwingen«. Dafür solle man »den Willen des Westens zur Unterstützung der Kiewer Junta brechen«. Dazu müsse man »die Angst vor der nuklearen Eskalation wiederherstellen«. Denn, so Karaganow, »indem wir den Willen des Westens brechen, retten wir nicht nur uns, sondern befreien die Welt von dem fünf Jahrhunderte andauernden westlichen Joch«.

Diskutiert werden müsse daher über eine »Anwendung« der Atomwaffe durch Russland in Europa. In solch einem Falle würden die USA, so Karaganow, »nicht Boston für Pönan opfern«. Gelänge ein russischer Nuklearschlag etwa gegen Polen, dann würden »die Sieger nicht verurteilt« werden, schreibt Karaganow. Russland und die Menschheit könnten dann »durch Dornen und mit Wunden in die Zukunft gehen, die ich leuchtend sehe«. In ähnlicher Richtung argumentiert der russische Militärexperte Dmitri Trenin, der im Juni in der Zeitschrift *Rossija w Globalnoi Politike* (Russland in der globalen Politik) Karaganows Gedanken ergänzte. Die derzeitige Strategie Moskaus überlasse »die Initiative zur Eskalation dem Gegner«, urteilt Trenin. Dies sei zu ändern, indem »die Möglichkeit zur Anwendung der Atomwaffe im gegenwärtigen Konflikt nicht verborgen werden sollte«. Im Fall eines russischen Atomwaffeneinsatzes werde

maßen im Feuer zu grillen. Die nukleare Eskalation sei ein Versuch, »aus dem Topf zu springen«. Dabei aber könne man »direkt im Ofen landen«. Timofejew regt als Gegenvorschlag an, über eine »Festigung des Status quo auf dem Schlachtfeld« nachzudenken. Dabei sei auch zu berücksichtigen, dass Russland und die Ukraine »in der Welt schon lange als verschiedene Staaten wahrgenommen werden, was sie auch juristisch sind«.

Widerspruch gegen Karaganow artikuliert in der Zeitschrift *Rossija w Globalnoi Politike* auch deren Chefredakteur Fjodor Lukjanow, Professor der Moskauer Hochschule für Ökonomie und wissenschaftlicher Leiter des internationalen Diskussionsklubs »Waldai«. Lukjanow, bekannt für kenntnisreiche und abwägende Analysen internationaler Konflikte konstatiert eine »Krise der Institution der Abschreckung«. Doch »Gedanken über die Anwendung der Nuklearwaffe« seien »natürlich kein Ausweg« aus einer »schwierigen militärstrategischen Situation«. Und »nukleare Spiele« seien »eine abenteuerliche Beschäftigung«. Denn: »Im Fall einer (nuklearen) Explosion überstiege der Schaden für alle jeden hypothetischen Vorteil.«

Gewendete US-Helfer

Russlands Präsident nahm wenige Tage nach Beginn der Expertendebatte über einen Nuklearkrieg am 16. Juni auf dem Sankt Petersburger Weltwirtschaftsforum zur Diskussion über einen russischen Nukleareinsatz Stellung. Auf die Frage eines Journalisten, wie er zu Vorschlägen zum Einsatz taktischer Atomwaffen im Konflikt mit dem Westen stehe, antwortete Putin: »Negativ. Der Einsatz ist zweifellos theoretisch möglich. Für Russland ist das möglich in dem Fall, wenn eine Bedrohung unserer territorialen Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität, der Existenz des russischen Staates entsteht.« In einem solchen Falle, so der russische Präsident,



SPUTNIK/ALEREI DROZHIN/REKIMIN VIA REUTERS

»werden wir alle Kräfte und Mittel, welche die Russische Föderation zur Verfügung hat, einsetzen, da gibt es keinen Zweifel«.

Zugleich machte Putin deutlich, wie ernst er die Lage im Konflikt Russlands mit dem westlichen Militärblock sieht. »Die NATO zieht es allmählich in den Krieg in die Ukraine«, sagte er. Die westlichen Länder, so Putin, unternähmen »maximale Anstrengungen, damit Russland auf dem Schlachtfeld eine Niederlage, und zwar eine strategische Niederlage« erleide. Und er deutete an, dass er die Entscheidung in einer Steigerung der heimischen Rüstungsproduktion sucht. Diese habe »ihren Anstoß im vergangenen Jahr um das 2,7fache erhöht«. Damit setzte Putin fort, was er bereits am 21. Februar in seinem Bericht an die Nation, dem »Poslanije«, verkündet hatte. Dabei hatte er auf langfristige konventionelle Aufrüstung orientiert. Mit »modernsten Technologien« in Serienproduktion sollten Armee und Flotte gestärkt werden.

Auffällig ist, dass Putin die Nukleardebatte der Experten nicht als überflüssig abgetan hat. Auch hat er die Autoren Karaganow und Trenin nicht verurteilt, sondern lediglich eine andere Position bezogen, in seiner Lieblingsrolle als über den inneren Konflikten stehender Schlichter. Ins Auge fällt auch, dass mit Karaganow und Trenin zwei Experten die Hardliner geben, die einst im Westen wegen ihrer moderaten, liberalen Position geschätzte Gesprächspartner waren. Karaganow, der in seinem Aufsatz jetzt mit Verve gegen »Kompradore« polemisiert, die als Erfüllungsgehilfen des Westens agieren, kennt sich in diesem Bereich aus. Er war seit 1998 Mitglied der Trilateralen Kommission und agierte in der Ära des Präsidenten Boris Jelzin als Fürsprecher einer Politik, die Russland die Rolle eines pflegeleichten Helfers der USA zuwies. Kennzeichnend dafür ist sein gemeinsam mit dem US-Politikwissenschaftler Graham Allison von der Harvard Kennedy School



Advokat der strategischen Abschreckung: Russlands Präsident Wladimir Putin nimmt am »Tag des Vaterlandsverteidigers« an der Kremllmauer eine Militärparade ab (23.2.2023)

verfasstes Buch »Toward a New Democratic Commonwealth« von 1997.

Trenin, Oberst a.D. der russischen Militäraufklärung, war seit 1994 im Moskauer Büro der US-amerikanischen Carnegie-Stiftung tätig und seit 2008 dessen Direktor. Zur Freude westlicher Besucher warf der kahle Charmeur durch seine großflächige Brille jahrelang immer wieder einen kritischen Blick auf die Moskauer Militäropolitik. Dass Trenin zugleich mit alten Kollegen aus der Oberliga russischer Militäraufklärer im Gespräch geblieben war und dass diese ihm nicht gram waren, zeigte sich mit Beginn der Moskauer »Spezialoperation« in der Ukraine 2022. Da beendete Trenin seine Carnegie-Clownade und sagte, er werde »mein Land im Krieg zwischen Russland und dem Westen unterstützen«.

Dass Trenin lange als Teilzeitliberaler agierte, begab sich zu einer Zeit, in der Russlands Elite die Annäherung an den Westen zugleich experimentell testete und virtuos simulierte. Da war vor allem im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts die Grenze zwischen labilen Liberalen und Putin-Treuen an der Moskwa fließend. Trenin und andere flexible Russen waren wie eine Matrjoschka, eine Puppe mit noch einer Puppe drin. Der Erfolg dieser in der Geschichte sowjetischer Dienste verwurzelten Methode war durch die Selbstüberschätzung der westlichen Eliten und Diplomaten garantiert.

Aus den Reihen derer, die sagen können, sie seien dabei gewesen, rekrutieren sich jetzt die lautesten Superrussen mit immer neuen Vorschlägen, Öl ins Feuer des Konfliktes mit dem Westen zu gießen. Zur Szene der gewendeten vermeintlichen »Westler« in Moskau gehört auch Expräsident Dmitri Medwedew, jetzt stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates. Der hatte am 25. Mai in seinem Telegram-Kanal den Wunsch geäußert, »dass die Ukraine nach der Beendigung der speziellen Militäroperation verschwindet«. Medwedew orakelte über eine kommende Aufteilung

der Ukraine »zwischen Russland und einer Reihe von Staaten der Europäischen Union«. Das »Volk zentraler Gebiete der Ukraine« werde dann, so Medwedew »seine Selbstbestimmung durch den Beitritt zur Russischen Föderation erklären«. Diese »Bitte« werde man gewiss erfüllen.

Analytiker in Moskau mit Kenntnis von Welt-sprachen und Weltlage wissen hingegen, dass solche Szenarien von der Wirklichkeit weit entfernt sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die kaum diskutierte Frage über den Nutzen der superrussischen Trommelei: Wer sind die »Superrussen« und wie konterkarieren sie die strategischen Interessen Moskaus? Offensichtlich ist bei den »Superrussen« der Anteil jener groß, die früheres Versagen durch Kraftmeierei zu kompensieren versuchen. Als Präsident deckte Medwedew 2021 durch Enthaltung im UN-Sicherheitsrat – gegen den Rat Putins – die Aggression der USA und Frankreichs gegen Libyen, die zur Zerschlagung des dortigen Staates und zum Lynchmord an dessen Staatschef Muammar Al-Ghaddafi führte.

Strategische Ziele

Dass nukleare Drohungen nicht das Schwert Alexanders des Großen sind, mit dem Russland den gordischen Knoten im Konflikt mit dem Westen durchschlagen kann, ist offenkundig. Ernstzunehmende Debatten von Militärexperten in Moskau bewegen sich daher um andere Szenarien. In der Wochenzeitung *Nesawissimoje Woennoje Obosrenije* (NWO) vom 9. Juni analysiert Alexander Chamtschichin, einer der kompetentesten Militärexperten des Landes, die Lage und die Perspektive im Krieg mit der Ukraine. Der Autor schreibt, es sei »offenkundig, dass anfangs im Kreml eine ganz andere Entwicklung der ukrainischen Kampagne erwartet wurde«, gemeint ist ein rascher Sieg über Kiew. Doch ein »Einfrieren des Konfliktes im gegenwärtigen Stadium«, so der Militärexperte, werde

in Moskau jetzt als »schwere Niederlage« gesehen, die »für die Führung der Russischen Föderation gewaltige innere Probleme schaffen« würde. Ein »äußerst wichtiges Hindernis für die Zustimmung des Kremls zu Verhandlungen« sei auch »die unversöhnliche Position des Westens und Kiews«. Aus Moskauer Sicht sei ein Sieg Russlands nur als »Kapitulation des Gegners« denkbar, mit einer völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der mit Russland vereinigten Gebiete und eines neutralen Status der Ukraine. Dafür aber, so Chamtschichin, brauche man »wesentlich mehr Anstrengungen und Ressourcen als jetzt«. Dies aber wolle der Kreml nicht. Denn er wolle vermeiden, »die Wirtschaft des Landes und die soziale Stabilität in der Gesellschaft zu untergraben«.

Der Militärspezialist analysiert in der NWO, der »kollektive Westen« sei »objektiv nicht in der Lage, eine solche Menge an Militärtechnik zu liefern, die für die Ukraine zur Erreichung eines militärischen Sieges nötig ist«. Zudem gäbe es »Anlass zu der Annahme, dass die russische Seite wesentlich geringere Verluste erleidet als die ukrainische«. In der »Produktion der Militärtechnik und Munition« aber, so Chamtschichin, liefere Russland »mehr als der gesamte kollektive Westen«. Da ein Erfolg der jetzigen ukrainischen Offensive »keineswegs garantiert« sei, bestehe die Gefahr, dass Kiew zu einem Schlag gegen das mit Russland verbündete Belarus aushole. Dies würde »den Gang des Krieges radikal ändern«. In jedem Fall, so der Experte, »wird der Krieg noch sehr lange weitergehen«.

Nationaler Verteidigungskrieg

Realitätsfremd sind vor diesem Hintergrund Spekulationen über die Aussichten vermeintlicher »Verhandlungen« anlässlich eines Treffens von Vertretern der ukrainischen Führung mit

Abgesandten der in der G7 organisierten Verbündeten der USA in Kopenhagen Ende Juni. Bei diesen »Verhandlungen« wurde ein »Friedensplan« des Kiewer Regimes diskutiert, der auf Revancheplänen zur Rückgewinnung der Krim und des Donbass basiert. Russland war zu diesem Treffen nicht eingeladen worden. Vertreter von Ländern des globalen Südens wie Brasilien, die in Kopenhagen vertreten waren, lehnten die ukrainischen Vorschläge ab. Darauf wies der russische Außenminister Sergej Lawrow nach dem Kopenhagener Treffen hin. Verhandlungen hätten die Präsenz beider Konfliktparteien, also auch der Russen, verlangt. Daran aber waren die westlichen Unterstützer Kiews bei ihrer »Friedens«-Konferenz in Kopenhagen offenkundig gar nicht interessiert. Das Ziel dieses Treffens bestand eindeutig nicht in der Suche nach Frieden, sondern in der propagandistischen Unterstützung Kiews. Russlands Außenminister Lawrow konstatierte nach dem Kopenhagener Treffen, bei ihm seien »ernsthafte Vorschläge westlicher Länder für eine Regelung des Konfliktes in der Ukraine nicht eingegangen«. Daher war es nur konsequent, dass die Volksrepublik China an dem Treffen in Kopenhagen gar nicht erst teilnahm.

Eine optimistische Interpretation des Kopenhagener Treffens war in der jW vom 27. Juni zu lesen, dort sei »immerhin (...) schon über Sicherheitsgarantien verhandelt« worden, nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Russland – wohl gemerkt ohne Russland am Tisch. Dabei wurde auf den Kanzlerberater Jens Plötner verwiesen. Was die Bundesregierung unter »Sicherheitsgarantien« versteht, darüber gibt ein Papier der kanzleramtsnahen, formal »unabhängigen« Stiftung Wissenschaft und Politik vom Juni (SWP-Aktuell Nr. 44) Auskunft.

Die Autoren Margarete Klein und Claudia Major, Leiterinnen der Forschungsgruppen Osteuropa und Sicherheitspolitik der SWP, gehören zu den zentralen Impulsgebern der militärpolitischen Diskussion im Umfeld der Bundesregierung. Zum Stichwort »Sicherheitsgarantien« heißt es in dem Papier, eine Option sei eine »Demilitarisierung« Russlands, einschließlich einer »Demilitarisierung der politischen Kultur«. Was die regierungsnahen Autoren damit andeuten, setzt eine bedingungslose Kapitulation Russlands voraus. Und es deutet die Bereitschaft an, dem russischen Staat Bedingungen aufzuerlegen, die noch schärfer wären als die von Lenin seinerzeit als »Raubfrieden« charakterisierten im Versailler Vertrag, den die westlichen Imperialisten nach dem Ersten Weltkrieg Deutschland aufzwingen. Die Autoren des SWP-Papiers fabulieren zum Thema »Sicherheitsgarantien« auch über eine »Denuklearisierung des russischen Militärpotentials«. Es kann keinen Zweifel geben, dass Moskau über solche »Sicherheitsgarantien« keine Minute verhandeln wird. Und dass es den Kampf gegen die Kiewer Handlanger der USA und der NATO fortsetzen wird.

Im Bewusstsein von Millionen Russen, auch der oppositionellen Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, hat dieser Kampf gegen NATO-Panzer, NATO-Granaten und NATO-Kostgänger in Kiew den Charakter eines nationalen Verteidigungskrieges. Die imperialistischen Staaten und ihre Ideologen haben offensichtlich einmal mehr den Widerstandswillen der arbeitenden Bevölkerung im einstigen Kernland der Sowjetunion unterschätzt.

■ Harald Projanski schrieb an dieser Stelle zuletzt am 14. März über die Rolle rechter Ideologen im Umfeld des Kremls

■ Lesen Sie am Montag auf den jW-Themaseiten:

Schule und Rassismus. Repliken auf Gertrud Rettenmaier

Von Detlef Grumbach
und Kai Köhler